Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

März 2019 Nr.03 · 15. Jahrgang

Programm und Kandidatenlisten beschlossen

Die Sonne meinte es gut mit der Potsdamer LINKEN an den beiden Februartagen, am 15. und 16. des Monats. Die Tagesordnung hielt demgegenüber reichlich Stress parat. Der Freitag (15.) hatte noch 11 Tagesordnungspunkte zu bieten. Hier ging es im Wesentlichen darum, das Kommunalwahlprogramm fest zu machen. „Ein Potsdam mit allen für alle – sozial, gerecht und nachhaltig!“ – so die alles umfassende Überschrift. Ein anspruchsvolles Programm, das im Entwurf immerhin 36 Seiten umfasste, und das die ganze Breite des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt berührte. Nach tiefgehender Debatte konnten die Genoss*innen das Kommunalwahlprogramm beschließen. Mit den darin enthaltenen Ideen und Vorschlägen werden die LINKEN in die Diskussion mit der Stadtgesellschaft gehen. Schließlich will die Linkspartei an frühere Erfolge anknüpfen und auch aus dem diesjährigen Kommunalwahlkampf als Sieger hervorgehen. Die inhaltlichen Weichen dazu wurden gestellt. Sicherlich auch durch die auf der Versammlung beschlossene Fusion der Ortsverbände Mitte und Nord zu einem kämpfkräftigen Verband Mitte-Nord.

Am 2. Tag wurden dann in einem wahren Wahlmarathon die Kandidaten in den sechs Wahlkreisen für den Wahlkampf gewählt.



Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Stadtparlament, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, konnte eine eindrucksvolle Bilanz der zurück liegenden fünf Jahre ziehen. Stolz verkündete er z. B., dass „unser Wahlslogan von 2014 eine Teil des Leitbildes der Stadt geworden“ ist – „Eine Stadt für alle“. „Wir haben das Ziel des sozialen Ausgleichs ebenfalls im Leitbild verankern können“, so Scharfenberg weiter. „Die Linksfraktion hat sich einen Ruf erarbeitet als stabile berechenbare Kraft mit einem hohen Gestaltungsanspruch. Wir stellen mit Birgit Müller die anerkannte und respektierte Vorsitzende der SVV. Karin Schröter als Vorsitzende des Kulturausschusses, Ralf Jäkel als Vorsitzender des wichtigen Bauausschusses füllen diese Verantwortung mit viel Engagement aus. Die Fraktion leistet eine harte Arbeit und dafür möchte ich unseren Stadtverordneten danken“, so Dr. Scharfenberg.

In ihren Vorstellungsreden bekundeten die Kandidaten für die diesjährige Kommunalwahl ihren Willen zum Erfolg der Linkspartei beizutragen. Abschließend wurden auch die Kandidaten für die Ortsbeiräte Fahrland, Neu Fahrland und Satzkorn beschlossen.

Und schließlich konnte wir am Rande die herzlichen Geburtstagswünsche für Sarah Warner (28), die an diesem 16. Februar Geburtstag feierte, notieren. Glückwunsch auch für den Listenplatz 5 im Wahlkreis 1 für die junge Genossin.



Potsdamer Frauen auf dem Weg:

Orientieren – Gründen – Wiedereinsteigen

Wie kann ich meine Ideen verwirklichen? Lässt sich Selbstständigkeit mit meiner Familie vereinbaren? Wie geht's nach der Eltern- oder Pflegezeit weiter? Welcher Weg ist der Richtige für mich? Und wie machen das andere?

Am **12. März 2019 von 15 Uhr bis 18 Uhr** sind alle Potsdamer Frauen, die sich in unterschiedlichen Lebens-, Berufs- und Karrierekonstellationen befinden, herzlich in die IHK Potsdam eingeladen, um Antworten auf diese Fragen zu finden, sich zu den Themen „Orientieren, Gründen und Wiedereinsteigen“ zu informieren und auszutauschen. Teilnehmerinnen dürfen sich auf den Fachvortrag „Durch die gläserne Decke stoßen: Erfolgreich verhandeln als Frau!“ von Prof. Dr. Uta Herbst (Universität Potsdam, Direktorin Potsdam-Transfer) freuen. Die Veranstaltung ist eine gemeinsame Initiative der Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam, der Wirtschaftsförderung Potsdams, der Social Impact gGmbH, des Autonomen Frauenzentrums, der regionalen Lotsendienste Potsdams und Potsdam-Mittelmarks, der Gleichstellungsbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam und Potsdam Transfer (Uni Potsdam). Im Rahmen der 29. Brandenburgischen Frauenwoche, die unter dem Motto „Hälfte/Hälfte – ganz einfach“ läuft, möchten wir Potsdamer Frauen Orientierung und Hilfestellung zu verschiedenen Lebensbereichen anbieten.

Die Veranstaltung findet in der IHK Potsdam, Breite Str. 2a-c, 14467 statt. Um Anmeldung wird gebeten unter www.ihk-potsdam.de, Veranstaltungsnummer: 183121741. Mehr Informationen zur Veranstaltung unter www.gruenden-in-potsdam.de. Für Fragen steht Ihnen Linda Pförtner (Social Impact gGmbH) unter der Telefonnummer 0331-6207944 gern zur Verfügung.

In dieser Ausgabe

2 LINKS in Europa
Helmut Scholz mit Rückblick

3 LINKS notiert
Jugendgefährdung bei der Truppe? – Norbert Müller (MdB)/Straßenbaubeiträge werden abgeschafft/Wettbewerb „Zivilcourage vereint e.V.

4 LINKS im Kalender
Zum Internationalen Frauentag/Kalenderblätter März

5 LINKS im Rathaus
Biosphäre/Wildwechsel/Wohnen am Alten Markt

6 7 LINKS wählen
Unsere Kandidatenlisten für die Kommunalwahl 2019/Martin Schirdewan zur EU/Sascha Krämer zur Kommunalwahl/Kinderbauernhof in Groß Glienicke erhalten – von Tina Lange und Peter Kaminski

8 DIE LETZTE SEITE
Integrationspreis/Frauenwoche/Himmelfahrtstour u. a.

Allen Frauen und Mädchen herzliche Wünsche zum Internationalen Frauentag 2019!

Informationen der Redaktion

Die nächste Ausgabe der „PaS“ erscheint nach dem ersten Wochenende im April. Redaktionsschluss ist jedoch schon am 15. März 2019.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Kati Biesecke, Stefan Wollenberg,*** Vorsitzende. Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Die EU wirkt auch vor Ort

Rückblick auf die Wahlperiode der EU-Politik/Von Helmut Scholz (MdEP)

Auch in diesem Jahr gab es für die Brandenburgischen Mitglieder des Europäischen Parlaments (EP) eine Jahrespressekonferenz in der Staatskanzlei in Potsdam. Dieses Mal ging es aber nicht um den Ausblick auf das kommende Jahr, sondern viel mehr um den Rückblick auf die zu Ende gehende Wahlperiode. Es galt, Bilanz über die zurückliegenden fünf Jahre zu ziehen.

Helmut Scholz berichtete, dass er in den letzten Jahren primär mit dem Thema Brexit zu tun hatte. Als Mitglied des Ausschusses für Verfassungsfragen wie auch des Ausschusses für Internationalen Handel habe er mit der Frage der Regelung des aktuellen Verhältnisses Europäische Union-Vereinigtes Königreich wie auch mit der Regelung des zukünftigen Verhältnisses zu tun.

Angesprochen auf seine persönliche Bilanz in der zurückliegenden Wahlperiode konnte Helmut Scholz einiges an Themen und Erreichtem aufzählen. So beispielsweise seine intensive Beteiligung an der Aushandlung eines Freihandelsabkommens mit Ecuador. Was daran für Brandenburg interessant ist? Nun, so könne man sich zum Beispiel darauf verlassen, dass die in Brandenburger, und natürlich auch EU-weiten, Supermärkten gekauften Bananen aus Ecuador fair gehandelt seien. Sprich, es wurde darauf geachtet, dass die Bauern vor Ort von ihrer Arbeit leben können, sie fair bezahlt werden, der Anbau und Transport der Bananen nachhaltig erfolge. Das alles habe letztlich auch Auswirkungen auf die Brandenburgerinnen und Brandenburger. Denn Klimaschutz betrifft uns alle und ein Bauer, der in seiner Heimat ein Auskommen und damit sicheres Überleben hat, wird eher nicht zum Geflüchteten werden.

Auch bei den sogenannten Konfliktmineralien konnte Helmut Scholz linke Politikansätze verankern. So müssen die Hersteller von Elektronikartikeln wie Handys beispielsweise nun nachweisen, dass die dafür notwendigen Mineralien/ Rohstoffe, welche in der Regel im Bergbau in Afrika gewonnen werden, nicht dortige Konflikte bzw. Warlords finanziert haben.

Auch gegen die jüngst in der Debatte befindlichen sogenannten Uploadfilter im Internet habe er sich ausgesprochen. Leider habe die Mehrheit des EP, gestützt auch von der deutschen CDU/CSU und SPD, sich für diese Filter ausgesprochen.

Mit Blick auf die Erfahrungen und Ereignisse der letzten Jahre stellte Helmut Scholz für sich klar, dass die EU sozial und demokratisch sein müsse oder zum Scheitern verurteilt sei. Auch stelle er sich die Frage, wie es zum Brexit kommen konnte. Haben die britischen Bürgerinnen und Bürger wirklich gewusst, über was und welche Folgen sie abstimmten? Was waren die innenpolitischen und machtpolitischen Spielchen der britischen Politik beim Ansetzen des Referendums zum Verbleib in der EU?

So oder so zeige sich, dass die Zeit bis zum Wahltermin am 26. Mai 2019 im EP-Wahlkampf genutzt werden müsse, um über die Arbeit des EP aufzuklären, den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, welche Wirkung EU-Politik entfalte. Und damit letztlich den Leuten zu zeigen, dass es Gründe für ihre Wahlbeteiligung gibt. Die Beteiligung an der Wahl bedeute, sich auch selbst eine Stimme und Gewicht in der EU zu verschaffen, mitzugestalten an der europäischen Zukunft. Ein Zurück zum Nationalen und dessen Folgen zeigt das Beispiel Vereinigtes Königreich deutlich.



Ihm sei aber auch klar, so Scholz, dass die EU sich ändern und weiterentwickeln müsse, sie stark zu verbessern sei. All das ginge aber nur mit Beteiligung und Einmischung, nicht Ablehnung und Abschaffung. Denn das neu gewählte EP wird mit seinen Gesetzen und Entscheidungen auch Brandenburg beeinflussen – das EP wirkt vor Ort! Daher begrüße er auch den gemeinsamen Termin zur Wahl des EP mit der Kommunalwahl in Brandenburg, sagte Scholz. Beide Ebenen wirkten zusammen und hätten auch durchaus Parallelen: Ob nun im EP oder in einer Gemeindevertretung, jedes Thema suche sich seine Mehrheiten neu, nur sehr wenig sei wirklich schon im Vorfeld fest oder gar durch die Rollenverteilung „Regierung-Opposition“ vorbestimmt. Daher gehöre Europa und die europäische Politik zum Handwerkszeug von kommunalpolitisch Aktiven.

Angesprochen auf seine Pläne im EP bei seiner etwaigen Wiederwahl entgegnete Scholz, dass er sich verstärkt für die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bis 2030 einsetzen wolle – die Uhr ticke hier. Unter anderem wegen dieser Baustelle stelle er sich in diesem Jahr erneut zur Wahl und bitte die Wählerinnen und Wähler am 26. Mai um ihr Vertrauen und ihre Stimme für DIE LINKE. Denn letztlich gehe es bei der Wahl des EP auch um eine Perspektive für den Kontinent Europa, um den Zusammenhalt der Völker. Zerfall bringe Konflikt, Streit, Gewalt oder gar Krieg. Daher sei die Beteiligung an der Wahl zum EP am 26. Mai so wichtig, so Helmut Scholz abschließend.

EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP
GUE/NGL
www.guengl.eu

Jugendgefährdung bei der Truppe?

Auch der neue Bericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hans-Peter Bartels, macht erhebliche Missstände bei der Bundeswehr deutlich. So ist die Zahl von Verdachtsfällen wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung deutlich gestiegen und auch im Umgang mit Minderjährigen gibt es bei der Bundeswehr immer wieder Probleme.

Etwas positives Vorweg: Der kürzlich erschienene Bericht des Wehrbeauftragten macht deutlich, dass die Zahl minderjähriger Rekrut*innen zum ersten Mal seit dem Aussetzen der Wehrpflicht gesunken ist und zwar erheblich. Traten 2017 noch 2.128 17-Jährige ihren Dienst bei der Bundeswehr an, waren 2018 nur noch 1.679 Rekrut*innen bei Dienstantritt minderjährig, was einem Anteil von 8,4 Prozent (2017: 9,2 %) aller Rekrut*innen entspricht. Der Rückgang dürfte zwar zum Teil mit einem allgemeinen Rückgang der Dienstantritte zu tun haben. Sicherlich hat die öffentliche Kritik an der Rekrutierungspraxis so manche Jugendliche oder deren Eltern von der Idee wieder abgebracht. Und so kann man dem Wehrbeauftragten im vollen Maße zustimmen, wenn er in seinem Bericht schreibt: "Dieser Trend ist gut" (BT-Drucksache 19/7200, S. 25).

Aus dem Report wird aber auch deutlich, dass diese Einsicht bei der Bundeswehr noch nicht angekommen ist. So berichtet der Wehrbeauftragte über Beschwerden von Eltern über die Werbepraxis der Bundeswehr. So hätten Jugendliche ungebeten Postkarten erhalten, auf deren Vorderseite im Stil des Namensschildes des Kampfanzuges der Name des Jugendlichen gedruckt war. Verbunden sei dies mit der Frage gewesen, ob der/die Adressat*in für den Dienst bereit sei. An dieser Praxis personalisierter Werbung übt der Wehrbeauftragte, genauso wie im Zusammenhang mit den Youtube-Serien der Bundeswehr wie "Mali" und "KSK", deutliche Kritik. Nicht zuletzt wird deutlich, dass auch beim Umgang mit Minderjährigen in der Truppe selbst zu Verstößen kommt. So dürfen Minderjährige keine Dienste ausüben, bei denen sie in die Gefahr kommen könnten, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Allerdings kam es wohl in mindestens einem Fall dazu, dass eine 17-Jährige Soldatin zum Wachdienst eingeteilt wurde, wo genau das nicht ausgeschlossen ist.

Auf einem Rekordhoch befinden sich zudem die Verdachtsfälle auf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Unter diese Kategorie fallen 288 Meldungen, über 50 mehr als im Vorjahr. Immer wieder melden vor allem Soldatinnen übergriffige Verhaltensweisen ihrer Kameraden. Ein weiteres Indiz für den "jugendgefährdenden" Charakter der Truppe.

Auch eine große Zahl von rechten Vor- und Ausfällen werden in dem Bericht dokumentiert. Jedoch fehlen die Hinweise auf ein rechtes Untergrundnetzwerk von sogenannten "Preppern", die sich laut Recherchen von taz und Focus darauf vorbereitet haben sollen, an einem Tag X mutmaßliche politische Gegner*innen in Lagerhallen zu internieren und gegebenenfalls auch zu



erschießen. Dazu sollen sie auch Depots mit Treibstoff, Nahrung und Munition angelegt haben. Seitens offizieller Stellen wird der Fall bisher heruntergespielt. Dass nun auch der Wehrbeauftragte die vorliegenden Hinweise ignoriert, ist vor dem Hintergrund der Brisanz, doch recht enttäuschend.

Der Bericht zeigt also eine Vielzahl von Missständen und Problemen bei der Bundeswehr auf. Diese sind, wie Eingangs bereits beschrieben, wohl mittlerweile auch bei potenziellen Bewerber*innen angekommen. Als LINKE werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Zahl 17-Jähriger Rekrut*innen nicht nur weiter sinkt, sondern bald niemand mehr rekrutiert wird, der oder die minderjährig ist. In kommenden Sitzungswoche werden wir daher auch unseren Antrag zum sofortigen Stopp der Rekrutierung Minderjähriger zur Abstimmung stellen. Und das passend zum Red-Hand-Day, dem internationalen Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten.

Norbert Müller (MdB DIE LINKE)

„Zivilcourage vereint" e.V.: Wettbewerb 2019

Der Bundestagsabgeordnete Norbert Müller möchte hiermit auf einen jährlichen Wettbewerb hinweisen, den er mitfinanziert, und würde sich freuen, wenn es TeilnehmerInnen aus seinem Wahlkreis geben wird.

Von rechten Übergriffen, Schmierereien und antisemitischer Hetze lesen wir täglich in den Zeitungen oder Polizeimeldungen. Viele Menschen gehen dagegen auf die Straße, engagieren sich für eine tolerante Gesellschaft oder helfen dabei, Übergriffe zu verhindern.

Seit über 14 Jahren werden Studienfahrten an Orte des antifaschistischen Widerstandes angeboten. Es sind Studienreisen für jungen Menschen zwischen 16 und 26 Jahre mit Zeitzeug*innengesprächen, Gedenkstättenfahrten und Diskussionsrunden zur aktuellen politischen Lage in der EU und dem jeweiligen Land. Organisiert werden die Reisen von dem Verein „Zivilcourage vereint" e.V..

Auch in diesem Jahr lädt Norbert Müller junge Menschen auf eine Studienreise nach Tschechien ein: mit einem Besuch der Gedenkstätten Lidice und Theresienstadt. Außerdem ist eine Wanderung auf den Spuren der Partisan*innen geplant.

„Diese Reise kann man so nicht im Reisebüro buchen. Ich möchte mit den Jugendlichen eine Geschichtsreise unternehmen, die weiterbildet, Vergangenheit und Gegenwart miteinander verknüpft und gegen das Vergessen der Verbrechen der Faschisten kämpft", so Norbert Müller

Noch sind Plätze frei für die Reise. Interessierte zwischen 16 und 26 Jahren können sich noch bis zum 08.05.2019 im Büro melden: 030 227-72329 oder per E-Mail : norbert-mueller@bundestag.de

Anmeldeschluss: 8. Mai 2019 Reisezeitraum ist der 12.-16. August 2019.

Schreib uns, wenn du Interesse hast an der diesjährigen Reise teilzunehmen. Beschreibe kurz wer du bist, was du machst und warum du mitfahren möchtest - ganz einfach.

Koalition schafft Straßenbaubeiträge in Brandenburg ab

Die Straßenbaubeiträge von Anliegern sind seit langem umstritten, in Brandenburg ebenso wie in anderen Bundesländern. Auf Antrag der Fraktionen von SPD und DIE LINKE hat der Landtag daher im vergangenen Jahr einen Bericht der Landesregierung angefordert, der seit November 2018 vorliegt. In der Auswertung des Berichts haben die Koalitionsfraktionen nun die Abschaffung der Straßenbaubeiträge beschlossen und das weitere Vorgehen geplant.

Die Abgeordneten Björn Lüttmann (SPD) und Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) erklären dazu: „Der kommunale Straßenbau soll auch in Zukunft abgesichert sein und Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern finden. Nötig ist ferner eine verlässliche Finanzierung.

Vor diesem Hintergrund werden die Koalitionsfraktionen von SPD und DIE LINKE der Volksinitiative ‚Straßenausbaubeiträge abschaffen!´ im Landtag zustimmen. Damit wird die Landesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes zu erarbeiten. Dieser soll vorsehen, dass Straßenbaubeiträge durch Städte, Gemeinden oder Gemeindeverbände nicht mehr erhoben werden können. Zur Vorbereitung des Gesetzes laden wir die Vertreterinnen und Vertreter der Volksinitiative zeitnah zu Gesprächen ein.

Das Anliegen der Volksinitiative werden wir noch in dieser Wahlperiode gesetzlich umsetzen. In einer Entschließung zur Volksinitiative wollen wir der Landesregierung Vorschläge für die künftige Finanzierung des kommunalen Straßenbaus machen. Dazu soll die Landesregierung eine verfassungsrechtlichen Ansprüchen genügende Kostenprognose für den Lastenausgleich im Hinblick auf die wegfallenden Beitragseinnahmen vorlegen."

Am 7. März wird eine Anhörung zur Volksinitiative und dem Bericht der Landesregierung im Ausschuss für Inneres und Kommunales stattfinden. Die Behandlung der Volksinitiative und die Einbringung eines Gesetzentwurfes der Koalitionsfraktionen im Landtagsplenum ist für April geplant.

Internationaler Frauentag am 8. März





Der Internationale Tag der Frauen wurde 1910 auf der „Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz“ in Kopenhagen unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen Frauenrechtlerin Clara Zetkin beschlossen. Zum ersten Frauentag am 19. März 1911 kamen in Dänemark, Österreich, Schweden, der Schweiz, Deutschland und in den USA Frauen zu Demonstrationen und Versammlungen zusammen. Seither gehen jedes Jahr Frauen auf die Straße, um für ihre Rechte zu kämpfen.

In der DDR wurde der Internationale Frauentag ab 1946 zum offiziellen Feiertag erklärt, geriet aber in der Bundesrepublik Deutschland in Vergessenheit. Erst die neue Frauenbewegung ab den 1970er Jahren schaffte es, den Frauentag in der Bundesrepublik neu zu beleben. Die Vereinten Nationen proklamierten im Jahr 1977 den 8. März zum „Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“.Der Internationale Frauentag wird weltweit von Frauenorganisationen am 08. März 2019 begangen. Der Internationale Frauentag wird ab 2019 in Berlin arbeitsfreier, gesetzlicher Feiertag. Der Tag wird auch Weltfrauentag, Tag der Frau, Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau oder International Women’s Day genannt.

Heute ist der 8. März in vielen Ländern ein gesetzlicher Feiertag. In der Volksrepublik China ist der Nachmittag für Frauen arbeitsfrei. Es gibt jedoch auch insbesondere politisch aktive Frauen, welche sich inzwischen gegen die Feier des Frauentags aussprechen. Die luxemburgische EU-Kommissarin Viviane Reding stellte dazu fest: “Solange wir einen Frauentag feiern müssen, bedeutet das, dass wir keine Gleichberechtigung haben. Das Ziel ist die Gleichberechtigung, damit wir solche Tage nicht mehr brauchen.”

KALENDERBLÄTTER MÄRZ

1769

Porzellangesetz

Eine Kabinettsordre Friedrich II. formuliert am 21. März (Porzellangesetz): „Seine Königl. Majestät etc. haben zur Beförderung des Vertriebes derer bey Dero Porcelain Manufactur verfertigten Porcelains und um solche außer Landes immer mehr und mehr bekannt zu machen Allergnädigst resolviert, daß die Juden bey ihrer jedesmaligen Ansetzung, auch wenn sie Erlaubnis erhalten, ein Haus zu acquiriren, ein für allemahl ein gewißes mäßiges Quantum Porcelain, und zwar ein Jude, für 500 Thaler, ein ordinärer Schutzjude für 300 Thaler und bey Erlangung einer Concession oder eines sonstigen Beneficiums gleichfalls 300 Thaler zu nehmen...“ wird erst 1788 aufgehoben

1809

Erster Oberbürgermeister Potsdams

Als erster Oberbürgermeister von Potsdam wird am 3. März der Polizeidirektor und Königliche Kriegsrat Jakob H. Brunner durch den König bestimmt. Er bleibt bis September 1821 im Amt.

1814

Kirschen für Paris

Hofgärtner Julius Hermann Morsch verpackt am 1. März 11 Kirschbäume inkl. 2 von Hofgärtner Joachim Heinrich Voß, um sie Friedrich Wilhelm III. nach Paris zu schicken.

1959

Große Leistungen im NAW

Das Potsdamer Büro des nationalen Aufbauwerkes führt am 19. März im Haus der Energiearbeiter eine Aufbaukonferenz durch. „Genosse Lungwitz, Sekretär der Bezirksleitung der SED, und der Stadtrat Fischer brachten in ihren Ausführungen zum Ausdruck, dass unsere Aufbauhelfer zur Erfüllung unserer ökonomischen Hauptaufgabe beitragen und so ihr Teil zur Erhaltung des Friedens leisten. „Es sind schöne Ergebnisse“, sagte Genosse Lungwitz, „die die Potsdamer im NAW erreicht haben. Einige haben große Leistungen vollbracht, wie Frau Riebe, die im vorigen Jahre 1200 Aufbaustunden leistete. Jetzt kommt es vor allem darauf an, mehr Menschen für das Aufbauwerk zu gewinnen und die Bauindustrie zu unterstütze, damit wir im Wohnungsbau vorankommen.“ (MV, 21. 03. 1959)

1964

Goethes Faust im Lindenpark

Zum Abschluss der “Woche des deutschen Kulturbundes” (mehr als 20 Veranstaltungen) liest Prof. Wolfgang Langhoff am 27. März im Klubhaus Lindenpark aus Goethes “Faust”. “Weit mehr als 400 Potsdamer dankten mit lang anhaltendem Applaus dem verdienten Künstler für seine hervorragende Interpretation der Dichtung Johann Wolfgang v. Goethes. [...] seine stimmlichstärksten Passagen hatte er ohne Zweifel bei der Darstellung des listig-zynischen Mephistopheles und bei der Darstellung des Dr. Faust.” (MV, 07. 04. 1964)

1969

Ehrennadeln des DFD

Festliche Sitzung des Kreisvorstandes Potsdam-Stadt und -Land des DFD am 5. März anlässlich des Internationalen Frauentages im Haus der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Als Gäste nehmen sechs vietnamesische Frauen teil. Kinder der Kinderkrippe “Klara Zetkin” übergeben den Erlös eines Solidaritätsbasars. 21 Frauen werden durch Charlotte Schlör, Vorsitzende des Kreisvorstandes des DFD, mit der Ehrennadel des DFD in Silber und Bronze ausgezeichnet - darunter Lenchen Beer (DFD-Gruppe 44), die seit 1950 aktiv im Gruppenvorstand arbeitet, Karoline Bachor (DFD-Gruppe 24), die mit 81 Jahren noch aktiv im DFD tätig ist .

1984

Haus der Dienste

Das VE Dienstleistungskombinat Potsdam eröffnet am 15. März in der Rudolf-Breitscheid-Straße 33 das „Haus der Dienste“. Es werden 60 verschiedene Dienstleitungen angeboten.

1984

Zirkus AEROS in Potsdam

Beginn des sechstägigen Gastspiels des Zirkus „Aeros“ in Potsdam am 17. März. Zur Eröffnungsveranstaltung kommen 2.500 Zuschauer. 100 Wagen stehen für 150 Mitarbeiter zur Verfügung. Raubtierdressur von Francesko Capri, die Keulen schwingenden „Majongs“ und eine Ziegendressur von Heinz Probst sind einige der Höhepunkte.

2004

ABC-Uni: „Sonne, Mond und Sterne“

120 Erst- und Zweitklässler aus einer Berliner und zwei Potsdamer Grundschulen nehmen am 11. März an der ersten Vorlesung der Abc-Uni an der Universität Potsdam zu dem Thema „Sonne, Mond und Sterne“ teil – gehalten von Prof. Joachim Wambsganß. Initiator der kindgerechten Vorlesungen ist der Quantenphysiker Martin Wilkens. Er erklärt: „Ich glaube Bildung ist ein Kardinalproblem unserer Zeit. Die schönsten wissenschaftlichen Resultate nützen nichts, wenn es niemanden gibt, der sie versteht.“

Bezahlbares Wohnen am Alten Markt

Mit dem Staudenhof und dem Wohnhaus Am Kanal 10 verbinden sich heftige Diskussionen über die Gestaltung der historischen Mitte der Stadt. Nachdem sich die Linksfraktion 2011 mit einem Antrag zum Erhalt des Staudenhofs als städtisches Wohnhaus mit etwa 180 preiswerten Wohnungen durchsetzen konnte, hat die SPD-Fraktion mit CDU, Grünen und Bürgerbündnis wenige Monate später diesen Beschluss wieder gekippt und durch die Festlegung ersetzt, dass der Staudenhof 2022 zur Wiederherstellung des historischen Stadtbildes abgerissen werden soll.



Unter dieser Voraussetzung sind an diesem großen Wohngebäude keine Sanierungen mehr durchgeführt und zugleich nur noch befristete Mietverträge abgeschlossen worden.

Im Zusammenhang mit der Entscheidung über das Bürgerbegehren zur Potsdamer Mitte konnte die Linksfraktion dieses Thema wieder aufmachen. In einem Begleitbeschluss vom 14.09. 2016 konnten wir unter anderem durchsetzen, dass das Grundstück Am Alten Markt 10 dauerhaft im Eigentum der Pro Potsdam verbleibt und nicht, wie ursprünglich geplant, veräußert wird. Weiterhin konnten wir erreichen, dass ein Abbruch des Bestandsgebäudes für eine Neubebauung nur erfolgen kann, „...wenn der Nachweis der wirtschaftlichen Realisierbarkeit und des wirtschaftlichen Vorteils gegenüber einer Sanierung geführt worden ist...“ Als Bedingung wurde festgelegt: „Dabei soll mindestens die gleiche Wohnungskapazität wie bisher entstehen und durch Belegungsbindungen unter sozialen Gesichtspunkten leichter zugänglich gemacht werden.“

Diese Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist Mitte Februar im Hauptausschuss vorgestellt worden. Daraus ergibt sich, dass ein Neubau in der historischen Blockstruktur unter Inanspruchnahme der gegenwärtigen Förderprogramme wirtschaftlicher sein kann als die Sanierung des vorhandenen Gebäudes. Zugleich kann damit mehr Wohnfläche und eine Belegungsbindung von 75 % mit Mieten von 5,50 Euro und 7,50 Euro für mindestens 25 Jahre erreicht werden.

Wir werden uns gründlich mit dieser Vorlage beschäftigen und daraus Schlussfolgerungen für unser weiteres Vorgehen ableiten. Unser wichtigstes Ziel ist es, dauerhaft bezahlbare und belegungsgebundene städtische Wohnungen in der historischen Mitte der Stadt zu sichern.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, MdL

Achtung Wildwechsel!

Was erleben Sie, wenn Sie die Bundesstraße 2, aus Groß Glienicke kommend in Richtung Potsdamer Zentrum fahren? Nun, beginnen wir in der Ausfahrt aus dem Kreisverkehr. Sie fahren vorschriftsmäßig 50 km/h. Nach wenigen hundert Metern erhöhen sie auf 80 km/h und noch ein Stückchen weiter, nach dem Passieren des Ortsausgangschildes, zeigt der Tacho stolze 100 km/h. Sie sind ja auf einer Bundesstraße. Doch halt, in der Zeit von 20.00 Uhr bis 07.00 Uhr drosseln sie die Geschwindigkeit auf 70 km/h. Denn sie fahren durch ein Waldgebiet und müssen mit plötzlich auftauchenden Wildschweinen, Rehen und Füchsen rechnen. Doch nach rund 800 m, im Bereich Bullenwinkel dürfen sie nun plötzlich wieder 80 km/h fahren. Der Wald ist übrigens immer noch da. Den Krampnitzberg hinunter sind es dann wieder für ein kleines Stück 100 km/h, um in der Kurve an der Krampnitzer Kaserne vorbei mit 70 km/h auszutrudeln.



Dieses Schilderchaos wollte der Ortsbeirat Groß Glienicke im vergangenen Jahr beseitigen und beantragte eine durchgängige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h. Sinnvoll sollte man denken. Doch weit gefehlt! Die Verwaltung lehnte den Antrag ab. Es fehle eine Rechtsgrundlage und außerdem seien auf dieser Bundesstraße zu wenig geschwindigkeitsbedingte Unfälle passiert. Die Groß Glienicker ließen sich das nicht gefallen und holten den Blauen Robur des RBB vor Ort und machten ihrem Ärger Luft. Muss es denn immer erst Unfälle und unter Umständen sogar Tote geben? Die Verwaltung erläuterte, dass sie bereits mehrfach angeordnete Geschwindigkeitsbegrenzungen an anderen Stellen aufheben mussten, da geblitzte Autofahrer erfolgreich geklagt hatten. Außerdem seien 2018 von vier Verkehrsunfällen auf der Bundesstraße 2 drei durch Wild verursacht worden. Nun denke sie über die Errichtung eines Wildschutzzaunes nach.

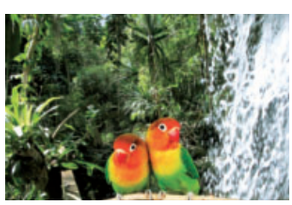
Unsere Fraktion DIE LINKE will das Nachdenken unterstützen und zur Umsetzung führen. Wir werden deshalb den Oberbürgermeister beauftragen, umgehend wirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Wildunfällen an der Bundestraße 2 zwischen Krampnitz und Groß Glienicke einzuleiten. Vorab ist zur Erhöhung der Verkehrssicherheit die Anordnung von durchgängig 70 km/h auf der gesamten Strecke zu prüfen und ggf. umzusetzen.

Wir hoffen, damit der Schilderposse ein Ende zu setzen. Mensch und Tier werden es danken

Peter Kaminski, Stadtverordneter

Biosphäre hat Zukunft!

Unter fachkundiger Expertise des Büros Dan Pearlmann wurde im Werkstattverfahren „Biosphäre“ eine Analyse erstellt und verschiedenste Varianten untersucht. Die Bandbreite ging von Abriss über Entkernung bis zur Sanierung und Aufwertung. In den ersten Veranstaltungen konnte Übereinkunft erzielt werden, dass eine Umnutzung etwa als Sportanlage, Kita oder Schwimmbad keinesfalls wirtschaftlich sinnvoll wäre. In den Folgeveranstaltungen wurden Varianten der inhaltlichen Anreicherung der Biosphäre erörtert. Die finale Sitzung der AG endete mit der Übereinkunft aller vertretenen Fachleute und der anwesenden Fraktionsvertreter von CDU, SPD, Grünen, Der Anderen und der LINKEN zu einem Sanierungskonzept mit der Ergänzung weiterer Attraktionen in der Biosphäre und der Möglichkeit für ein privates Hotel. Die einmalige Investition in die Biosphäre sichert dauerhafte weitere Attraktivität und führt selbst bei vorsichtiger Kalkulation zu stark verringertem Zuschussbedarf durch die Stadt. Damit kann die Biosphäre als herausragende Einrichtung der touristischen Infrastruktur mit Bildungsauftrag erhalten werden. Für dieses Konzept



ist die Einwerbung von Fördermitteln vom Land Brandenburg aussichtsreich. Es kann gelingen, eine anderen Erlebniswelten ebenbürtige Anlage in Potsdam zu schaffen, die bundesweit Besucher anzieht. Es haben fast alle namhaften Forschungsinstitute in Potsdam auf Anfrage Bereitschaft signalisiert, das Vorhaben Biosphäre zu unterstützen. Die inhaltliche Aufwertung wird total spannend für die Besucher. Es kommen neu dazu ein Videoprojektionsraum, eine Unter-der-Erde-Installation, ein Korallenriff, eine Wüstenkammer und eine Kältekammer. Die Gastronomie wird erweitert. Die wirtschaftliche Basis wird deutlich verbessert. Alle Arbeitskräfte können langfristig gesichert werden. Dieser Prozess soll nun zügig umgesetzt werden. Dazu stehen wir.

Ralf Jäkel
Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses

Kandidaten für die Kommunal- und Europawahl

Wahlkreis 1: Einwohner der Stadtteile: Nördliche Innenstadt, Berliner Vorstadt, Nauener Vorstadt, Groß Glienicke, Sacrow, Teile der Südlichen Innenstadt (Gebiet südlich der Bahngleise des Hauptbahnhofes und Gebiet am Brauhausberg)
Listen-Platzierung:



1. Sascha Krämer

2. Anja Mayer

3. Marlen Block
4. Peter Kaminski
5. Sarah Warner
6. Roland Gehrmann
7. Birgit Müller
8. Steffen Brumme
9. Heinz Wilczeck
10. Coonstantin Schwarzer

Wahlkreis 2: Einwohner der Stadtteile: Jägervorstadt, Bornstedt, Bornim, Fahrland, Marquardt, Nedlitz, Grube, Satzkorn, Uetz- Paaren, Neu Fahrland
Listen-Platzierung



1. Tina Lange

2. Ronald Pienkny

3. Christine Hüttner
4. Michael Andrä
5. Birgit Kaatz
6. Sven Stolpe
7. Antje Zapf
8. Hans-Jürgen Groschupp
9. Norman Lenz
10. Jörg Schindler
11. Heinrich Wilke
12. Andreas Meinhardt

Wahlkreis 3: Einwohner der Stadtteile: Brandenburger Vorstadt, Potsdam West, Eiche, Golm, Wildpark, Templiner Vorstadt, Forst Potsdam Süd
Listen-Platzierung



1. Isabelle Vandre

2. Ralf Jäkel

3. Dr. Karin Schröter
4. Konstantin Gräfe
5. Sophie Sumburane
6. Jürgen Angelow
7. Iris Burdinski
8. Alexander Steinicke
9. Bianca Bastian
10. Eberhard Lange
11. Daniel Sittler
12. Ingo Sonsalla
13. Wolfgang Preller



Die EU und unserer Alltag

Die Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN haben Ende Februar in Bonn Martin Schirdewan (Thüringen) und Özlem Alev Demirel (Nordrhein-Westfalen) auf die Listenplätze 1 und 2 zur Europawahl am 26. Mai 2019 gewählt (siehe Foto). Insgesamt wurden in weiteren Wahlgängen 22 Listenplätze besetzt. Martin Schirdewan meldet sich an dieser Stelle zu Wort.

Die EU besteht nicht nur aus krummen Gurken, Zeitumstellung und Regelungen zum Döner. Das meiste, worüber wir im Alltag sprechen, sind Beschlüsse, die ihren Ursprung im Europäischen Parlament haben. Denn diese Beschlüsse haben oft direkte Auswirkungen auf unser alltägliches Leben. Das beginnt mit den Lebensmittelpreisen, also den Subventionen für die Landwirtschaft, die rund 40% des Haushaltes des Europäischen Parlaments ausmachen und erstreckt sich über viele Projekte, die von der Europäischen Union vor Ort gefördert werden, bis hin zu Regelungen der Vergaberichtlinien oder der nicht vorhandenen Regelungen zum Thema Steuerhinterziehung.

Wir hören und lesen häufig immer von der sogenannten schwarzen Null. Während CDU/CSU, SPD, FDP, AFD und Grüne diese fast als Glaubensbekenntnis vor sich hertragen, lehnt DIE LINKE sie ab. Denn die Bundesrepublik benötigt, wie der Rest Europas, Investitionen. Die schwarze Null bedeutet, dass die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen dürfen. Für Kommunen bedeutet das ganz konkret: Wenn die Einnahmen sich nicht so entwickeln, wie erwartet, muss gespart werden. Wo wird am einfachsten und schnellsten gespart? Natürlich im kulturellen, sozialen oder im Bildungsbereich. Deswegen bröckelt der Putz von Schulwänden, Theater und Schwimmbäder werden geschlossen, Musikschullehrer erhalten geringe Einkommen, und und und. Aber die Kommunen brauchen Entwicklungsspielraum, keine Verträge und Richtlinien, die die öffentliche Daseinsvorsorge schwächen. Gutes Leben findet in der Region statt. Dafür setze ich mich auch auf europäischer Ebene und vor Ort ein. Deswegen biete ich in meinen offenen Europa- und Regionalbüros Informationsveranstaltungen an und nehme an vielen Veranstaltungen teil. Gleichzeitig wollen wir gute Arbeit erhalten und weiter ausbauen. Dafür bin ich genauso Ansprechpartner vor Ort, als auch, wenn es darum geht, dem drohenden Rechtsruck entgegenzustehen.

Martin Schirdewan, (MDEP)

Wahlkreis 4: Einwohner der Stadtteile: Babelsberg Nord, Babelsberg Süd, Klein Glienicke, Teile Südliche Innenstadt (Gebiet nördlich der Bahngleise des Hauptbahnhofes, Zentrum Ost)
Listen-Platzierung



1. Michel Berlin

2. Dr. Anja Günther

3. Wiebke Kahl
4. Norbert Wilke
5. Isabel Glitschka
6. Andre Noack
7. Maria Strauß
8. Jan Hanisch
9. Konstantin Bender
10. Kevin Scheidemann
11. Lukas Zechner

Wahlkreis 5: Einwohner der Stadtteile: Teltower Vorstadt, Schlaatz, Waldstadt I, Waldstadt II, Industriegelände
Listen-Platzierung



1. Stefan Wollenberg

2. Dr. Sigrid Müller

3. Nina Waskowski
4. Tino Henning
5. Heike Rohmann
6. Christian Wienert
7. Lydia Stolle
8. Tilmann Kolbe
9. Solveig Sudhoff
10. Peter Högerl
11. Jürgen Weckert-Mattern
12. Christian Schirrholz

Wahlkreis 6: Einwohner der Stadtteile: Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
Listen-Platzierung



1. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

2. Jana Schulze

3. Kati Biesecke
4. Ewald Dähnrich
5. Miriam Kohl
6. Ingo Korne
7. Petra Pannicke
8. Andreas Fischer
9. Gudrun Hofmeister
10. Jürgen Engert
11. Hannelore Müller
12. Reiner Liesegang
13. Andrea Wegewitz
14. Dieter Scharlock

Wir werden den Titel verteidigen!

Aus der Kandidatenrede von Sascha Krämer – Wahlkreis 1 - am 16. Februar 2019



DIE LINKE ist Titelverteidigerin - und natürlich wollen wir auch diese Kommunalwahl gewinnen und die stärkste Fraktion stellen. Ich werde mit Volldampf mit euch dafür kämpfen, dass wir dieses Ziel erreichen. Damit auch nach der Kommunalwahl gilt: In Potsdam können Dinge mit der LINKEN entschieden werden, jedoch nichts gegen DIE LINKE.

Kommunalpolitik ist konkret, das ist das Anstrengende, aber auch das Unmittelbare, Direkte und Schöne und dafür brenne ich. Deshalb auch ein paar Worte zum Konkreten im Wahlkreis 1.

Es gibt Themen, an denen wir ständig dranbleiben müssen und werden, wie das Thema bezahlbare Wohnungen, auch und besonders in der Mitte. Am ehemaligen Standort der FH muss ein lebendiges, bezahlbares Quartier entstehen; die Neubebauung sollte überwiegend durch Pro Potsdam und Genossenschaften erfolgen, hier darf es keinen Ausverkauf an Investoren geben – da hat die Fraktion mit Hans-Jürgen Scharfenberg sehr gute Arbeit geleistet und die Stadt zu einem Umdenken gezwungen. Nun müssen wir darauf weiterhin mit wachen Augen achten!

Es gibt Beispiele, wo sich unsere Beharrlichkeit ausgezahlt hat. Ich erinnere mich noch an die erste Demonstration, bei der wir gemeinsam für den Erhalt vom Minsk kämpften. Jetzt heißt es, die Neubebauung des Brauhausberges politisch weiterhin zu begleiten.

Es gibt Erfolgsgeschichten wie das „freiLand“, das wir langfristig erhalten und unter Berücksichtigung der Interessen der Nutzenden weiter entwickeln wollen.

Und wir müssen diese Inseln der Kreativität ausbauen, so zum Beispiel mit dem Rechenzentrum. Hier müssen wir LINKE uns für die Kulturschaffenden einsetzen, damit dieser Standort für kreatives Schaffen erhalten bleibt und nicht für den Bau des Kirchenschiffs - der aus meiner Sicht nicht nötigen Garnisonkirche - weichen muss.

Es gibt in der Mitte viele Baustellen, es wird rekonstruiert und neu gebaut. Das ist erstmal gut so, Potsdam entwickelt sich. Aber wohin soll die kommunale Reise gehen?

An einer sozialen Ausrichtung muss und wird DIE LINKE weiterhin kompetent und mit Engagement dran sein, wie zum Beispiel beim Umbau und Neubau des RAW, bei der Gestaltung am ehemaligen Feuerwehrstandort oder bei der Umsetzung durchgängiger Barrierefreiheit an den Tram-Stellen.

Neben diesen großen Dingen, gibt es auch die vielen kleinen, täglichen Dinge, um die sich linke Kommunalpolitiker kümmern müssen. Ihr wisst das selbst: wer möchte nicht Sauberkeit und Sicherheit auf dem Hauptbahnhof und Platz der Einheit, mehr Fahrradständer, einen lebendigen und grünen Alten Markt, einen attraktiveren Neuen Lustgarten, und am Landtag und in der Hegelallee eine eindeutige Regelung für Rad- und Fußgänger? Oder die Sicherung des Kinderbauernhofes in Groß Glienicke.

Der Verwaltungscampus muss erneuert werden, es braucht bessere Arbeitsbedingungen für die Verwaltung und eine digitale und modernere Ausrichtung.

Und natürlich werde ich den innerstädtischen Streitpunkt Garnisonkirche weiterhin kritisch begleiten; es geht hier nicht einfach um den Neubau einer Kirche, sondern hier haben wir es mit einer Baustelle zu tun, die weit über die Stadt hinaus politische Wellen schlägt.

Stadt will Abriss des Kinderbauernhofs in Groß Glienicke

Der Kinderbauernhof in Groß Glienicke braucht unsere Hilfe – die Stadt Potsdam möchte unbedingt den Abriss des Hofes erwirken. Das müssen wir verhindern! Wir finden ein Abriss dieses Hofes kommt nicht in Frage. Bereits während des 2. Weltkrieges wurden die Flächen für eine Flakstellung zur Sicherung des Flughafens Gatow versiegelt. Zu DDR-Zeiten wurden die Flächen durch die LPG als Schweinemastanlage betrieben. Die Stadt argumentiert, dass der Hof im Landschaftsschutzgebiet „Königswald mit Havelseen und Seeburger Agrarlandschaft“ liegt. Diese Widmung erfolgte aber erst in 1990er Jahren, also deutlich nach der bereits seit Jahrzenten bestehenden Versiegelung der Flächen! Und in den vergangenen 25 Jahren



stellte die landwirtschaftliche Nutzung, zum Beispiel als gewerblicher Pferdehof, ja auch kein Problem dar.

Pikant hierbei: Die Stadt Potsdam plant parallel gerade 60 (!) Hektar Land im “Entwicklungsgebiet Fahrland-West” aus genau demselben Landschaftsschutzgebiet herauslösen und massiv zu bebauen. Hier soll gehen, was für einen kleinen Hof mit Tierhaltung und pädagogischen Angeboten für Kinder nicht gilt? Wo bleibt da die Verhältnismäßigkeit?

Es gibt inzwischen auch eine Petition für den Erhalt, die man hier unterschreiben kann: www.openpetition.de/petition/online/wir-kaempfen-fuer-den-erhalt-des-kinderbauernhofes-gross-glienicke-im-eichengrund

Tina Lange,
Direktkandidatin für DIE LINKE. im Wahlkreis 19 für die Brandenburger Landtagswahlen
und Peter Kaminski,
Stadtverordneter und Ortsbeirat Groß Glienicke für DIE LINKE.

LINKE fordert inklusives Wahlrecht auch für die Europawahlen

Im Zusammenhang mit der Entscheidung in Karlsruhe, wonach der pauschale Ausschluss betreuter Menschen von Wahlen verfassungswidrig ist, erklärt der innenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg: Niemand darf aufgrund einer Behinderung daran gehindert werden, sein Wahlrecht wahrzunehmen. Diese Auffassung vertritt die LINKE seit Jahren. Deshalb haben wir in dieser Legislatur einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht und verabschiedet.

Damit können betreute Menschen in Brandenburg kommunal und in den Landtag wählen und gewählt werden. So wird die ihnen zustehende Teilhabe gesichert.

DIE LINKE fordert deshalb so schnell wie möglich eine Änderung der gesetzlichen Regelungen auf der Bundesebene. Es ist bedauerlich, dass bei den anstehenden Kommunalwahlen und der Europawahl am 26. Mai in Brandenburg, betreute Menschen zwar ihre kommunalen Vertreter wählen können, die für das europäische Parlament jedoch nicht.

Kunst ist der Treibsatz der Demokratie *(Volker Braun)*

Gegen Einschüchterungsversuche von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen setzen sich auch Brandenburger Kulturschaffende zur Wehr. Sie haben eine Erklärung der Vielen veröffentlicht. Dazu erklärt die kulturpolitische Sprecherin Gerrit Große: „Ist die Freiheit der Kunst bedroht, sind auch Demokratie und Toleranz in Gefahr. Das haben wir in der Geschichte mehrfach erlebt. Deshalb braucht es das Engagement und den Mut Vieler.

Der freie und kritische Geist im Kunst erschaffen: Er darf nicht bedroht und gefangen werden.

Als die AfD in Brandenburg im vergangenen Jahr mit einer Kleinen Anfrage im Landtag wissen wollte, aus welchem Grund das Cottbuser Piccolo-Theater vom Kulturministerium gefördert, war dies ein Angriff auf die Freiheit der Kunst.

Erstmals drei Preisträger bei Brandenburger Integrationspreis

Erstmals in der elfjährigen Geschichte des Integrationspreises vergab die Jury drei Preise. Neben dem Luckauer Verein „Mensch“ wurden auch das integrative Refugee-Radio Potsdam und der Verein ESTAruppin aus Neuruppin (Ostprignitz-Ruppin) ausgezeichnet.

Der Verein „Mensch“ Luckau aus dem Landkreis Dahme-Spreewald ist mit dem Integrationspreis 2018 des Landes Brandenburg ausgezeichnet worden. Integrationsministerin Susanna Karawanskij (DIE LINKE) und die Landesbeauftragte für Integration, Doris Lemmermeier, übergaben den Preis am 13. Februar 2019 in der Luckauer Kulturkirche (FOTO). Der Verein erhält die Auszeichnung für sein soziales Engagement und die Integrationsarbeit mit Flüchtlingen. Der Preis ist mit 2.000 Euro dotiert.



Karawanskij bezeichnete die Integrationsarbeit der Vereine, Initiativen und Projekte als Schlüssel für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. “Nur, wer tatsächlich ankommt, sich engagiert und interessiert und auf die unterschiedlichen Angebote zur Integration einlässt, wird die Chance auf Leben, Wohnen und Arbeit ergreifen.”

Nach eigenen Angaben hat der Verein „Mensch“ Luckau 70 Mitglieder aus unterschiedlichen sozialen Schichten. “Wir bieten Hilfe und Unterstützung für Bedürftige jeder Nationalität und leisten einen Beitrag zu Toleranz und Verständigung”, hieß es auf der Webseite. Der Verein organisiert unter anderem Sprachkurse und gemeinsame Ausflüge mit Flüchtlingen und unterstützt sie bei Behördengängen.

Das integrative Flüchtlingsradio in Potsdam wurde 2014 gegründet. Es sendet via UKW und per Stream in deutscher und englischer Sprache. Flüchtlinge können die Sendungen auch als Plattform nutzen. Der Verein ESTAruppin bietet mit seinem Konzept “Wo Menschen zu Hause sind” Flüchtlingen unter anderem Hilfe bei der Wohnungssuche an, hilft beim Umzug und bei der Selbstorganisation.

rbb24/red.

Im WAHLmonat ist auch Himmelfahrt

Für den späten Termin des diesjährigen Himmelfahrtstages ist allein der Mond schuld und somit weder die Politik noch der Himmel...
Trotz der noch vielen Wochen bis zum 30. Mai haben die Vorbereitungen für den traditionellen Ausflug der Partei DIE LINKE längst begonnen. Bus- und Busfahrer sind bestellt, und das Fahrtziel ist ausgespäht. Wir wollen in diesem Jahr das Biosphärenreservat Mittlere Elbe und einige Punkte des umgebenden Dessau-Wörlitzer Gartenreiches erwandern und erfahren. Damit verbinden wir ein interessantes Umwqeltthema mit einer Portion anhaltinischer Geschichte, werden aber auch 100 Jahre Bauhaus Dessau entsprechend würdigen. Schwerpunkt ist aber wie in jedem Jahr die Freude an unserem gemeinsamen Erleben. Die Anmeldungen zu dem Ausflug werden wie in den Vorjahren unter 0331 / 872933 entgegen genommen. Angesichts der hohen finanziellen Belastungen des Kreisverbandes im Wahljahr 2019 ist ein geringer Eigenbetrag der Teilnehmer einzuplanen.

Dr. R. und H. Drohla

Fünf Frauen - und ein Film

Donnerstag, 7. März 2019, 19.00 Uhr, Club Charlotte im Kabarett Obelisk, Charlottenstr. 31, 14467 Potsdam: Wiederaufführung des Dokfilms „Neue Frauen“ (1991, R: Ursula Demitter, Katrin Weiler, 75 min.) und anschließende Gesprächsrunde mit der Regisseurin Ursula Demitter und einigen der damaligen Protagonistinnen.

„Neue Frauen“ (1991) stellt in fünf Kurzporträts Frauen vor, die aus anderen Berufen kommend, nach der Wende politische Verantwortung übernahmen: Marianne Birthler, Eva Kunz, Beate Blechinger, Petra Bläss und Helga Schulte. 28 Jahre sind seitdem vergangen. Grund genug für eine Rückschau im gemeinsamen Gespräch. Moderation: Jeannette Toussaint. Eine gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und des Frauenwahllokals.

Frauenwoche im „Stern*Zeichen“

Der Monat März steht auch im Bürgerhaus „Stern*Zeichen“ ganz im Zeichen der 29. Brandenburgischen Frauenwoche unter dem Motto „Hälfte – Hälfte. Ganz einfach –“.

Mittwoch, 06.03., 14.00 – 18.00 Uhr: Faschings Tanztee

Freitag, 08.03., 11.00 - 15.00 Uhr:
Frauentagsbrunch mit Musik und Geschichten von Cathrin Alisch.

Die Weltreisende, Musikerin und Erzählerin Cathrin Alisch wird den Frauentagsbrunch 2019 mit Allerweltsgeschichten mit, über und unter Frauen zwischen Orient und Okzident versüßen. Mit ihrem Programm “WeibsBilder” verlockt sie zum Aufbruch in fremde Küchen, Keller und Kammern – in die Welt der Frauen –. Wir begeben uns auf die Suche nach den Rollenbildern, Rollenklischees und unseren eigenen Vorstellungen von Weiblichkeit, und Gleichberechtigung. Danach laden wir Sie ein sich am reichhaltigem Buffet zu stärken. Beitrag: 10 €

Mittwoch, 13.03. und 27.03., 14.00 - 18.00 Uhr: Tanztee

Donnerstag, 21.03., 10.00 - 15.00 Uhr: Workshop Stimme und Erzählen.

Den Frauen eine Stimme geben. Das war das Anliegen der Einführung des Wahlrechtes vor nunmehr 100 Jahren. Im übertragenen Sinne müssen wir allerdings noch heute üben und proben unseren Stimmen auch wirklich Gehör zu verschaffen. Aber wie verleihe ich meinem Anliegen oder meiner Erzählung Gewicht und Bannkraft? Diese Fragen werden wir mit Dr. Cathrin Alisch erarbeiten. Sie arbeitet mit fundiertem Fachwissen aus Musik- und Sprachwissenschaft und als ausgebildeter Coach. Ihre Methodik ist extrem zeiteffektiv und dennoch vergnüglich und erfreut sich entsprechend hervorragender Resonanz bei den bisherigen Teilnehmern.

Freitag, 22.02., 19.00 Uhr:
Kabarett Lina Lärche: „Kann ein Riegel Sünde sein?“ Eine Musik-Show

Lina Lärche ist eine echte Vollblutentertainerin, die es versteht, ihr Publikum immer wieder neu zu überraschen. Dabei tischt sie Verblüffendes auf, oder haben Sie schon einmal einen dreibeinigen Tisch singen gehört?

Ob die Lärche ihren Heißhunger auf Schokoriegel rappt, ihren atemberaubenden Mantel, bestehend aus 100 Federn von glücklichen Hühnern, mit urkomischem Pathos vorführt oder sich zur Krönung rote Rosen über ihr goldenes Gewand werfen lässt. Stets zelebriert sie sich als postmoderne Diva der Extraklasse mit einer ordentlichen Portion Humor

Musikalisch geht es quer durch den Gemüsegarten der Liedkunst. Von Chanson, Schlager bis Pop ist alles dabei, selbstverständlich auch ein Liebeslied mit Happy End. Getränke- und Imbiss Angebot im Café. Beitrag: 10 g. Reservierungen unter: 0331 600 67 61/62. Eintritt ab 18:00 Uhr, Beginn

SUDOKU

6				9				7
			5	4	2			
		5				8		
	7	6				2	9	
			2	1	3			
	5	1				4	8	
		7				3		
			9	6	1			
1				5				4

Auflösung Februar

7	3	5	2	1	9	4	8	6
9	4	6	8	5	7	2	1	3
8	1	2	6	3	4	5	9	7
6	5	9	4	2	3	1	7	8
3	8	7	5	6	1	9	4	2
4	2	1	9	7	8	6	3	5
5	9	3	7	4	6	8	2	1
2	7	4	1	8	5	3	6	9
1	6	8	3	9	2	7	5	4